

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 42.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 15. Oktober 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich in Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionsschluß ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

**Zahlstellenvorstände:
Vertrauensmänner:
Mitglieder:**

Erfüllet Eure Pflicht bei der Herbstagitation! Sorgt für einen guten Besuch der Versammlungen! Klärt die Indifferenten auf und werbt unermülich neue Mitglieder für Euren Verband! □ □ □ □ □ □ □ □

Vom Arbeiterstandpunkte aus!

Recht ergötzlich anzusehen ist es, wie die „Holzarbeiter-Ztg.“ aus der Erledigung der sog. Reichsfinanzreform, den christlichen Gewerkschaften durchaus „einen Strich drehen“ will. Sie will so viele Beweise für die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaftssekretäre und Agitatoren sich als gefügige Trabanten des Zentrums erweisen, um den Volkswortführer der schwarzen Junckergarde zu decken, haben, daß gegen sie nicht anzukommen ist. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ erhebt gegen die christlichen Gewerkschaften den Vorwurf, daß ihre Führer, die durch die Gnade des Zentrums in den Reichstag gewählt wurden, dort die Interessen der Arbeiter verraten haben.“ Diese Kennzeichnung geschieht nicht etwa vom sozialdemokratischen Standpunkte, sondern vom Arbeiterstandpunkte aus. — „Über lieber Genosse“ was du nicht sagst! Dies ist ja nur die halbe Wahrheit! Würdest du ehrlicher sein, so müßtest du erklären, daß deine Beurteilung der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer vom Standpunkte des sozialdemokratischen Arbeiters aus geschieht. So verhält sich die Sache!

Der sozialdemokratische Arbeiter, der von seiner Gewerkschaft in dem Glauben erzogen wird, nur seine Interessen seien die in der Welt allein maßgebenden, hat gut schreien. Erhält er seinen Willen, oder besser gesagt seinen ganzen Willen nicht, was ja stets zutrifft, so verirrt er eben die soziale Gesellschaftsordnung und hofft, daß die kommende sozialistische Ordnung seine Wünsche doch noch einmal verwirklichte. Der feste Glaube an die Sieghaftigkeit des sozialdemokratischen Gedankens ist es dann auch, die den sozialdemokratischen Arbeiter davon abhält, in der Gegenwart schon auf anderem als gewerkschaftlichem Gebiete positiv mitzuarbeiten und die Interessen seiner Klasse, hier in einer Gewinn bringenden Weise zu vertreten. Der christliche Gewerkschaftler hingegen, der „zu viel sieht“ um an eine bessere Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus zu glauben, machts umgekehrt. Er rechnet mit der gegenwärtigen Gesellschaft und sucht sich innerhalb dieser eine Position zu erringen. Und wenn er bei diesen Bestrebungen nicht immer geradezu auf sein Ziel losgehen kann, es sogar manchmal den Anschein erweckt, als habe er eine bereits errungene Position wieder preisgeben müssen, so bleibt zu berücksichtigen, daß der gerade Weg durchaus nicht immer, am ehesten zum Ziele führt.“ Es ist nicht war, daß die gerade Linie die kürzeste ist! Dieses Wort hat in der Menschheitsentwicklung seine Wahrheit zur Genüge bewiesen.

Aus dem eben Gesagten geht hervor, daß es einen einzigen Arbeiterstandpunkt in allen Fragen, besonders aber in Fragen der Staats-, Wirtschafts- und Parteipolitik nicht gibt. Das einzig Bindende bei allen Lohnarbeitern ist das Bestreben, zu guten Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu gelangen — die reine Gewerkschaftsidee. Was darüber hinausgeht bindet nicht, sondern trennt. Nichts weiter als eine Flunzerei ist es daher, wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ für sich den „Arbeiterstandpunkt“ reklamiert. Unser Standpunkt ist auch der Arbeiterstandpunkt; allerdings nicht der sozialdemokratische. Der christlichen Gewerkschaften Standpunkt zur herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung ist ein ganz anderer, als den der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Ueber Fragen, wie die der Reichsfinanzreform mit sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern zu diskutieren, ist deshalb ein müßiges Beginnen, solange die Anschauungen der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften zum Staat und zur Gesellschaft grundsätzlich verschieden sind. Wenn diesbezgl. die „Holzarbeiterzeitung“ behauptet, die christlichen Gewerkschaften vertreten in der Frage der Reichsfinanzreform und allen anderen politischen Fragen den Standpunkt der Zentrumspartei, so ist das eine gern in die Welt gesetzte Agitationslüge. Die christlichen Gewerkschaften stehen zu beratigen Fragen genau so, wie die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien; wo sich innerhalb der letzteren, grundsätzliche oder taktische Meinungsverschiedenheiten zeigen, hat die Interessensphäre unserer Gewerkschaften schon längst aufgehört und die des einzelnen Gewerkschaftlers in seiner Eigenschaft als Parteipolitiker begonnen. Das ist ein Standpunkt so klar und folgerichtig, daß kein denkender Arbeiter etwas dagegen einwenden kann.

Zu übrigen geben in nachstehenden Ausführungen unseres Kollegen Stegerwald im Auszug wieder, die er in einer Vorstand- und Vertrauensmännerkonferenz des Kölner Kartells, am 3. Oktober d. J. zu den politischen Vorgängen in der letzten Zeit machte:

Aus Anlaß der Erledigung der Reichsfinanzreform, so führte der Redner aus, hätten die Gegner der christlichen Gewerkschaften eine förmliche Hege gegen diese entfaltet. Man versuche den christlichen Arbeitern auf die verwerflichste Art und Weise die Zugehörigkeit zu den bürgerlichen Parteien zu verkehren und die sozialdemokratische Partei als die alleinige und wirkliche Arbeitervertretung hinzustellen. Es sei begreiflich, daß wegen der neuen Steuern Mißstimmung herrsche, aber das rechtfertige nicht die wüste Hege, die von der Sozialdemokratie zurzeit getrieben werde. Zwar hätten die christlichen Gewerkschaften nicht die Aufgabe, sich mit politischen Fragen zu befassen, aber gegenüber der sozialdemokratischen Agitation, die auch die christlichen Gewerkschaften geradezu mitverantwortlich machen wolle für die neuern Steuern, und deren Wirkung dazu noch gewaltig übertreibe, sei es notwendig, den Dingen näher auf den Grund zu gehen und zu untersuchen, mit welchem Recht sich die Sozialdemokratie in solcher Weise aufspiele.

Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, die Arbeiterklasse zu einem gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben zu machen. Der amerikanische Gewerkschaftsführer Comperz habe kürzlich erklärt, daß man in Amerika die nächstliegenden Aufgaben zuerst in die Hand nähme, sich also von sozialistischen Zukunftstropen fern halte. Das Gleiche sehe man in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Dagegen habe sich die sozialdemokratische und auch die Hirsch-Dunckerische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland weitere Ziele gestellt, indem sie auch auf die politischen Verhältnisse einwirken wollten und sich dabei auf bestimmte Parteien stützten.

Infolge davon, daß sich die Sozialdemokratie in so scharfen Gegensatz zum heutigen Staatswesen stelle, seien die Regierungen gezwungen, sich auf andere Parteien zu stützen, wodurch die Sozialdemokratie politisch einflußlos sei.

Die gewerkschaftlichen Aufgaben lassen sich nur durch möglichst starke Arbeiterorganisationen erfüllen. Aus dem Grunde müssen die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein. Technische Schwierigkeiten wie zur Zeit seien in unserer Bewegung schon zweimal vorher überwunden worden, bei der Zollfrage und beim Vereinsgesetz. Sie werden auch jetzt überwunden werden. Ueber die Notwendigkeit dieser Reform hat in keiner Partei ein Zweifel bestanden.

Eine eingehende Würdigung erfährt die Reichsfinanzreform durch den Kollegen Stegerwald vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus. Deutschland habe in den letzten 40 Jahren eine große Volksvermehrung zu verzeichnen, es zähle heute über 62 Millionen Einwohner gegenüber 40 Millionen im Jahre 1870. Der jährliche Zuwachs betrage an 900 000 Köpfe. Dadurch sei das deutsche Volk immer mehr auf den Weltmarkt angewiesen worden. Deutschlands Außenhandel betrage zurzeit über 15 Milliarden Mark. Zum Schutze dieses gewaltigen Handels sei der Ausbau der Flotte notwendig gewesen. Infolge seiner ungünstigen geographischen Lage sei das deutsche Reich aber auch auf ein starkes Heer angewiesen, wenn es nicht ähnliche Zustände erleben wolle, wie sie in früheren Jahrhunderten zu verzeichnen waren. Durch Störung der Handelsbeziehungen, kriegerische Verwicklungen, Störungen und Unsicherheit im Wirtschaftsleben werde auch die Arbeiterschaft in starkem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Die Mittel zu der notwendigen Machtentfaltung müßten also aufgebracht werden. Es komme dabei natürlich auf einen gerechten Ausgleich der Verteilung der Lasten an. Wenn dabei die Sozialdemokratie aus prinzipiellen Gründen die Mitarbeit verweigere, so gebe sie damit den Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterschaft preis, weil dann die Arbeit von anderen Parteien allein geleistet werde.

Was wäre, fragt Redner, mit einer Auflösung des Reichstages, worauf ja die Sozialdemokratie mit allen Kräften hingearbeitet hat, erzielt worden? Die Finanzreform wäre nur verschoben, aber nicht aufgehoben worden. Die Steuern hätten doch gemacht werden müssen. Nur wäre durch diese Verschleppung die Schuldenlast noch um ein Bedeutendes gestiegen, das Wirtschaftsleben hätte infolge der andauernden Unsicherheit nicht gesunden können, den Arbeitern wären zu den 500 Millionen Mark, die sie in der Krise jedes Jahr weniger an Löhnen ausgezahlt erhalten, noch weitere Hunderte Millionen verloren gegangen. Für eine solche unsinnige Politik dankten die christlichen Arbeiter. Ebenso lehnten sie die sozialdemokratischen Klassenkampftheorien auf das entschiedenste ab. Damit sei ein Ausstieg

der Arbeiterklasse nicht zu erzielen. Die christlichen Gewerkschaften hätten in ihrer zehnjährigen Wirksamkeit auf das schlagendste bewiesen, daß das Christentum kein Hindernis für die vorwärtstrebende Arbeiterschaft sei. Keine der beiden Kirchengemeinschaften habe den Arbeitern darin Schwierigkeiten bereitet.

Der Einfluß der christlichen Gewerkschaften auch auf die öffentliche Meinung sei heute unverkennbar. Im Laufe des letzten Jahrzehnts habe ein förmlicher Umdenkungsprozess in sozialer Beziehung sich vollzogen. Man könne nicht mehr alle Bestrebungen der Arbeiterschaft auf Besserung und Hebung ihrer Lebenslage einfach als sozialdemokratisch abtun, seitdem die christlichen Gewerkschaften auf den Plan traten und sich so günstig entwickelten. Dem Umstande sei auch die Ausbreitung des Tarifgedankens mit zu verdanken. Beim großen Ruhrbergarbeiterstreik sei gleichfalls der Einfluß der christl. Gewerkschaften unverkennbar gewesen.

Scharf zu verurteilen sei die sozialdem. Taktik, alle Nichtarbeiter, insbesondere Männer aus den höheren Ständen als Reaktionäre zu bezeichnen. Männer, wie Dr. Wiedefeld, der jahrelang die Tarifverhandlungen im Rheinisch-Westfälischen Berggewerbe leitete und Graf Pasadowsky, der sich so große Verdienste um die Fortführung der Sozialpolitik erworben habe u. a. könne man nicht einfach als Reaktionär abtun. Den Arbeitermassen müsse immer mehr zur Kenntnis und zum Bewußtsein gebracht werden, wie sie seitens der Sozialdemokratie beschwindelt werden. Den Massen male man in den schönsten Farben den Zukunftstaat vor, während die Führer längst nicht mehr daran glauben. Das Parteiprogramm sei längst veraltet, aber vor einer Revision desselben schreide man zurück wegen der unübersehbaren Folgen, die sie für die Partei nach sich zöge.

Zum Schluß seines Vortrages stellte Kollege Stegerwald dann noch die Frage, wie wohl die „freien“ Gewerkschaften den Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft durchzuführen denken? Vielleicht mit Revolution? Oder mit dem Generalstreik? Beide Mittel hätten bisher da, wo sie angewandt wurden, verjagt. Sogar der schwedische Generalstreik sei trotz der besten Vorbedingungen jämmerlich mißglückt. Wie in Italien, Rußland und anderen Ländern werde wohl auch in Schweden die Reaktion noch folgen. Was sei also gewonnen? Nichts. Bei uns in Deutschland würden die nächsten gewerkschaftlichen Kämpfe auch ganz andere Formen annehmen als bisher. Darum müßten die Arbeiter alles versuchen und daran setzen, sich immer größeren Einfluß zu verschaffen. Auch in der Gesellschaft müßten sie sich immer mehr durchsetzen. Nichts sei salischer als eine Stillierung der Arbeiterschaft.

In begeisterten Worten forderte der Redner zum Schluß die Anwesenden zu eifriger Arbeit für die christlichen Gewerkschaften auf. „Durch eine weitere Stärkung der Organisationen wird auch die heutige Situation, die die Gegner zu unserer Vernichtung auszunutzen wollen, uns nicht schaden, sondern zu neuen Fortschritten die Bahn frei machen.“

Mag die „Holzarbeiter-Zeitung“ nun erklären, daß die Ausführungen des Kollegen Stegerwald nicht ihren, d. h. dem sozialdemokratischen Arbeiterstandpunkte entsprechen —zugeben wird sie aber müssen, daß jeder Arbeiter, der den Glauben an den Zukunftstaat verloren hat, so und nicht anders logisch denken kann.

Die Reichsfinanzreform.

(Von sozialdemokratischen Standpunkten aus behandelt.)

Einleitung.

„Berzichtet es, Deutschland, auf die Erweiterung seines Wirtschaftsgebietes, so heißt das: Deutschland kann nicht nur als politisch maßgebendes Land abdanken, sondern es geht auch wirtschaftlich zurück und damit ist gleichzeitig die Lage der Arbeiterbevölkerung beengt; gewerbliche Stagnation läßt keine Hebung der Lage der Arbeiter zu.“

„Sozialistischen Monatshefte“ 1905, S. 745.
Man vermag dem deutschen Arbeiter gar keine schlimmere Befehdung anzutun, als wenn man dieses erbarmungswürdig hilflose Hin und Her, das den Spott jedes einigermassen sachkundigen Gegners geradezu herausfordert, auch noch „proletarische Handelspolitik“ nennt. Das fehlt gerade noch!
Schippel, Chemischer Volkskämpfer, 1904, Nr. 147.

Abhandlung.

I. Erwägungen.

Flottenpolitik.

Die Notwendigkeit äußerer Machtmittel für eine Volksgemeinschaft wird nur der in Abrede stellen dürfen...

Militarismus.

Wir werden für die Erhaltung des Friedens wirken. Haben wir aber trotzdem den Krieg nicht hindern können...

II. Zweckmäßigkeiten.

Kleine Regulation.

Bei der Regulation des Bestehenden ist es hier wirklich nicht getan. Die Klassen der Wähler lassen sich auf die Dauer nicht...

Gehörnisse der sozial. Steuerpolitik!

Die demokratische Steuerpolitik... Sie ist praktisch nur möglich als eine sozialdemokratische Steuerpolitik...

Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer!

Es ist ja heute schon unsere Forderung, daß wir keine solche Steuer als andere, besonders die indirekten Steuern...

Keine Bekämpfung der Agrarzölle!

„Unsere sozialistischen und demokratischen Grundzüge fordern keinesfalls eine Bekämpfung der Agrarzölle à tout prix.“

Emund Fischer: Sozialistische Monatshefte. November 1907.

Gegen die Nachlasssteuer!

„Weiter Genosse! In Ihrer vorläufigen Anzeige meiner Schrift: 'Oekonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland...“

Genosse Dr. Schulz in einem Briefe an Kautski. März 1909.

Gegen die Latonsteuer!

„Daß unsere Fraktion die Latonsteuer als verkehrsfreundlich bezeichnet und dagegen stimmt, dafür wird man im Volke kein Verständnis haben.“

Genosse Bels in einer Versammlung zu Berlin. (Vorwärts“ Nr. 228, 1. Beilage. 1909.)

Großkapitalistische Einwirkungen!

„Die Partei hat sich in ihrer Stellungnahme zur Börsesteuer durch die Ansichten des Börseberichtsleiters der großkapitalistischen „Frankfurter Zeitung“ bestimmen lassen.“

Genosse Friebländer in einer Berliner Versammlung. (Vorwärts“ Nr. 228. 1909.)

Für die Lebensmittellieferanten!

„Bei der Aufhebung der kommunalen Verbrauchsabgaben wird weder bei Wehl oder Brot noch bei Fleisch oder Bier der Konsument einen Vorteil haben.“

Genosse Schiller-Gärtich. (Neue Welt“ 25. 12. 1908.)

Erhöhung der Besitzen!

Der Beitrag der Verbrauchsabgaben, der früher in die Stadtkasse floß, fließt jetzt in die Tasche des Zwischenhandels...

Dieser günstige Fall ist aber zurzeit in Deutschland nirgends vorhanden und wird auch sobald nirgends realisiert werden.

Genosse Dr. Eichenmann. (Frankfurter Tageblatt“ Nr. 10. 1909.)

Die Probe aufs Exempel!

Gärtich, 25. Juli 06. Die Räte Kollegien (die Stadtverordnetenversammlungen) in sozialdemokratischer D. S.) wurden neuerdings...

Durchsinnender!

„Während man dem Reiche den Etat verweigert, stimmen die selben Genossen in Bayern für das Staatsbudget; während man dem Kaiserstaat und der Monarchie den Krieg bis aufs Messer erklärt, erkennen die selben Genossen in Baden die Verfassung an...“

Politik des Räubers!

„Eine Politik, die sagt, wenn ich nicht meinen ganzen Rücken zu decken, werde ich überhaupt nicht mehr sein...“

III. Prinzipielles.

Die Stellung unendlich einfach und klar!

„Parteilosen! Bis jetzt gab es in dieser Sache (der direkten Besteuerung d. S.) eigentlich keine Frage.“

aus. Da war die Stellung der Partei diesen System gegenüber unendlich einfach und klar. Wir bekämpften die indirekten Steuern und verlangten ihre Ersetzung durch direkte.

„Genosse“ Dr. Bensch in einer Leipziger Parteiverammlung.

Die Hauptaufgabe!

„Es war allerdings die Hauptaufgabe unserer Fraktion, ihre Taktik so einzurichten, daß die ganze Steuervorlage geworfen werden konnte...“

„Genosse“ Dr. Bensch in einer Leipziger Parteiverammlung.

Immer nur agitatorischer Natur!

„Die parlamentarischen Rundgebungen in der Frage der direkten Besteuerung sind bis heute lediglich agitatorischer Natur gewesen.“

„Genosse“ Pabaus, Dortmunder Arbeiter-Zeitung Nr. 226, 1909.

Sie sind wir froh!

„Seien wir froh, daß wir im Reich keine direkten Steuern haben...“

„Genosse“ Dr. Bensch in einer Leipziger Parteiverammlung.

Die Phrase der positiven Mitarbeit!

„In der sogenannten positiven Arbeit sind wir machtlos. Aber als prinzipielle Oppositionspartei, die die bestehenden Verhältnisse rücksichtslos angreift...“

„Genosse“ Dr. Bensch in einer Leipziger Parteiverammlung.

Immer drauf!

„Sieht der Freihandel auf dem Regierungskarren, so wird gegen den Freihandel losgehetzt; sieht der Schutz Zoll auf dem Regierungskarren, gegen den Schutz Zoll. Die Hauptsache ist, daß ordentlich losgehetzt wird.“

„Genosse“ Dr. Bensch in einer Leipziger Parteiverammlung.

Nicht zu übertrumpfen!

„Es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dies oder jenes erreichen; für uns (Sozialdemokraten) ist die Hauptsache, daß gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“

„Genosse“ Dr. Bensch in einer Leipziger Parteiverammlung.

Die Kunst der Agitation.

„Die Anpassung geht in verschiedener Form vor sich. Einmal — und das ist die unangenehmste, allgemeine, aber darum doch folgenterge Form — paßt man sich an die Tagesituation an...“

„Genosse“ Dr. Bensch in einer Leipziger Parteiverammlung.

Schlussbetrachtung.

„Die deutsche Sozialdemokratie ist mit jedem Tage ihres Bestehens dämmernd und schlechter geworden; sie steht heute hart an der Grenze des Menschlichen...“

„Genosse“ Franz Mehring in seiner Schrift: „Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehre.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer...

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 15 Pfg. (Gesamtbeitrag 65 Pfg. pro Woche) erhält die Jahreshälfte Reiffe.

Das Freiburger Sekretariat unseres Verbandes befindet sich fortan: Freiburg i. B., Escholstraße 70.

Die Zahlstellenverwaltungen seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlungsaktion nur dann den erhofften Erfolg bringen wird, wenn eine zweckentsprechende Agitation vorher stattgefunden hat...

„Gleichzeitig werden die Ortsverwaltungen gebeten, die anstehende Revision der Geschäftsführung der Zahlstellen nach Möglichkeit zu fördern.“

Die Karte für die Reichsarbeitslosenratifikation war am 10. Oktober noch nicht eingelangt von den Zahlstellen: Bam., Jungsblatt, Pöfgen. — S. Baden, Göttingen, Lahr, Kolligen. — Erfurt, Montagau. — Dülmen.

